

II-3863 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1931/J

A n f r a g e

1978 -06- 15

der Abgeordneten KERN, Ing. Schmitzer
und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Mitgliederwerbung der SPÖ im Rahmen des Unterrichts
an der St. Pöltner Schwesternschule

Dem St. Pöltner "Stadtmagazin" vom Mai 1978 ist unter der
Überschrift "SPÖ auf der Suche nach neuen Mitgliedern" folgendes
zu entnehmen:

"Den Schülerinnen (ab Herbst nach erfolgreicher vierjähriger
Ausbildung Diplomkrankenschwestern) der St. Pöltner Schwestern-
schule, einer Schule "mit öffentlichem Recht", also keineswegs
ein Privatbetrieb, wurde eine Ankündigung übergeben, daß "einer
unserer Mitarbeiter sich vorgenommen hat, Sie in den nächsten Tagen
zu besuchen und wir bitten Sie, mit ihm zu sprechen." Gezeichnet
ist der 30-Zeilen-Text mit "SPÖ-Stadtorganisation St. Pölten,
Betriebszelle Krankenhaus".

Dazu muß man Fakten wissen, die den Schülerinnen sehr wohl bekannt
sind, nicht aber der Öffentlichkeit: Nach der Diplomprüfung
suchen heuer 60 Absolventinnen einen Posten; nur rund die Hälfte
kann am heimischen Krankenhaus, wo ja bekanntlich rosarote
Parteipolitik gerade im Personalbereich entscheidet, beschäftigt
werden. Ob man will oder nicht - da hängt die Entscheidung dann
von der Politik ab. Da kann man dann persönlich noch so tüchtig
sein..... Mitgliederwerbung im Schulbereich ist natürlich die
einfachste, zielführendste und daher erfolgreichste Sache;
speziell dann, wenn die Schüler unter einem psychologischen Druck
stehen. Wer will schon die Chancen auf eine Anstellung riskieren?
Im Unterbewußtsein denkt man an die Prüfungen, an diese oder jene
Möglichkeit, wo man doch weiß, daß gerade dieser Prüfer.....

In der Praxis wird die Sache freilich noch abenteuerlicher: Die
"Mitarbeiter", ausnahmslos Beschäftigte im Krankenhaus, starten
ihre Werbetouren während ihrer Dienstzeit. Berechnet man einen Besuch
mit 30 Minuten, so ergeben sich bei 60 Schülerinnen 30 Stunden.

- 2 -

Dazu noch die notwendige "Kleinarbeit" - und schon ist eine volle 40-Stunden-Woche geschafft. Wie heißt es doch in dem Schreiben? "In den letzten Jahren, seitdem es die Regierung Kreisky gibt, hat sich viel geändert in unserem Land" - sicherlich auch die Methoden der Mitgliederwerbung."

Die unterzeichneten Abgeordneten nehmen diesen Vorfall zum Anlaß, an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e

zu richten:

- 1) Was werden Sie unternehmen, in Zukunft Mitgliederwerbung für Parteien an Krankenpflegeschulen zu unterbinden ?
- 2) Sind Sie bereit, auf dem Erlaßweg ein Verbot parteipolitischer Werbung im Unterricht an Krankenpflegeschulen zu erlassen ?